



Seit 25 Jahren hat die Bürgerinitiativen für sozial-gerechte Kommunalabgaben mit politischer Unterstützung der PDS (heute DIE LINKE) für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gestritten, mit dem Ergebnis, dass 2020 der Thüringer Landtag die gesetzliche Grundlage dafür beschloss.

1995 gründeten über 250 Bürgerinitiativen die Thüringer Bürgerallianz für sozial-gerechte Kommunalabgaben. Der Weg zum Erfolg war beschwerlich. Es gab immer wieder Situationen in denen sich die Frage stellte, ob der Kampf gegen die Straßenausbaubeiträge überhaupt lohnt. Zu massiv hielten CDU und SPD an diesem Finanzierungsmodell fest. Selbst ein erfolgreicher Antrag für einen Volksentscheid, den die Bürgerallianz initiiert hatte, führte nicht zum Ziel. Das Verfassungsgericht gab einer Klage der damaligen CDU-SPD-Landesregierung gegen den Antrag statt.

Erst mit dem Regierungswechsel Ende 2014 zu Rot-Rot-Grün wuchsen die Chancen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Einen weiteren Erfolg konnten die Bürgerinitiativen mit der Abschaffung der Wasserbeiträge in Thüringen im Jahr 2005 erzielen. Bereits gezahlte Beiträge in Höhe von rund 180 Millionen Euro wurden zurückgezahlt. Zeitgleich wurden die Abwasserbeiträge bürgerfreundlicher ausgerichtet. Es wurde nur noch die tatsächliche und nicht mehr die mögliche Bebauung berechnet und unbebaute Grundstücke bleiben bis zur

Ohne Kampf kein Sieg: 25 Jahre Bürgerallianz

1995 gründeten über 250 Bürgerinitiativen die Thüringer Bürgerallianz für sozial-gerechte Kommunalabgaben. Der Weg war beschwerlich, aber erfolgreich.



Über 24.000 Unterschriften wurden im August 2011 übergeben. Doch das Weimarer Verfassungsgericht gab später einer Klage der damaligen CDU-SPD-Regierung gegen den Antrag auf einen Volksentscheid statt.

tatsächlichen Bebauung beitragsfrei. Über 300 Millionen Euro Abwasserbeiträge wurden durch diese Änderungen nicht fällig und über 80 Millionen zurückgezahlt. Verbraucherbeiräte wurden auf Initiative der Bürgerinitiativen bei den Wasser- und Abwasserzweckverbänden etabliert.

Seit 2015 wird die Bürgerallianz als anerkannter Fachverband bei Gesetzgebungsverfahren immer wieder beteiligt. Zur erfolgreichen Arbeit der Bürgerallianz haben die aktiven Mitglieder und die jeweiligen Vorsitzenden des Dachverbandes, Peter Hammen, Jens Petermann, Wolfgang Kleindienst und der aktuelle Vorsit-

zende Frank Kuschel beigetragen. Gegenwärtig setzt sich die Bürgerallianz für die Umsetzung der Härtefallregelung für noch zu erhebende Straßenausbaubeiträge aus den Jahren 2015 bis 2018 und die Klärung der sogenannten Kleinkläranlagenprobleme im ländlichen Raum ein.

Frank Kuschel

Mehr Inklusion und Barrierefreiheit

Thüringer Landtag stärkt die kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen.

„Ziel meiner Fraktion ist es, dass es in allen Landkreisen und kreisfreien Städten hauptamtliche kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen gibt. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Inklusion und Barrierefreiheit vorangetrieben werden kann“, erklärte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag. Ende letzten Jahres wurde die entsprechende Änderung des Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen beschlossen.

Damit wurde die Förderung der hauptamtlichen Beauftragten sowie der Beiräte für Menschen mit Behinderungen durch das Land gesetzlich



verankert. Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE wurde im Gesetz eingefügt, dass die Beauftragten künftig

auch an nichtöffentlichen Sitzungen von kommunalen Gremien teilnehmen dürfen. Zudem sind ehrenamt-

liche Beauftragte in ihren Funktionen, Rechten und Kompetenzen den hauptamtlichen Beauftragten nunmehr gleichgestellt. Außerdem wird die Situation von hör- oder sprachbehinderten Eltern mit Kindern in Kindertageseinrichtungen verbessert.

Mathias Gärtner

Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e.V.
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 54128389